

Verschiedene Wege zu mehr Sicherheit in der Stadt

Von Abschreckung bis Yoga

Von Bernhard Maier

Ein zentrales Problem in der Debatte rund um die Sicherheit in städtischen Gebieten besteht darin, dass mit Sicherheit das Sicherheitsniveau einer Stadt nicht festgestellt werden kann. Es gibt lediglich zwei Wege, sich dem Status quo in Sachen Sicherheit zu nähern. Zum einen wird gern auf die jährlich erstellte Kriminalstatistik zurückgegriffen - auf vermeintlich harte Fakten. Aus dieser sind die Anzahl der Anzeigen sowie der gerichtlichen Verurteilungen aufgegliedert nach Straftatbeständen abzulesen. Was dabei unter den Tisch fällt, ist das Dunkelfeld. Es sind dies jene Straftaten, die aus verschiedenen Gründen nicht angezeigt werden. Dazu zählen geringfügige Sachbeschädigungen oder solche, bei denen die Ermittlung eines Täters dem Opfer aussichtslos erscheint (z. B. abgebrochene Antenne beim Auto). Opfer von Sexualdelikten scheuen aus Scham oft den Gang zur Polizei. Ladendiebstähle werden meist nicht bemerkt und als Schwund bezeichnet.

"Zu Recht" verprügelt

Straftaten werden manchmal als solche gar nicht wahrgenommen und aus diesem Grund nicht angezeigt (z. B. der gehörnte Ehemann verprügelt "zu Recht" den Liebhaber der Frau). Fehlerquellen bestehen also reichlich. Weiters sind Manipulationen, Irrtum und bewusste Verfälschung auch bei der Kriminalstatistik nicht ausgeschlossen, weiß Franz Csaszar, Professor für Kriminologie an der Universität Wien und dient mit einem Beispiel. Gemäß § 42 StGB ist eine Tat unter bestimmten Bedingungen wegen "mangelnder Strafwürdigkeit" nicht strafbar. Darüber zu entscheiden hat die Staatsanwaltschaft oder das Gericht. Einzelne Sicherheitsdienststellen nehmen diese Entscheidung unzulässigerweise durch Nichtanzeige vorweg. "Sie sehen im Aufwand einer ‚großen‘ Anzeige keinen Sinn, wenn klar ist, dass sowieso ‚nichts daraus wird‘", berichtet Csaszar.

Die zweite Möglichkeit, das Sicherheitsniveau in einer Stadt festzustellen, besteht darin, das Sicherheitsempfinden der Bewohner zu erheben. Dabei stehen die subjektive Wahrnehmung von Kriminalität und Unsicherheitserfahrungen des Einzelnen im Mittelpunkt. Bewohner von Stadtteilen mit hoher Verbrechensrate sehen beispielsweise die von Kriminalität ausgehende Bedrohung virulenter als Bewohner ruhigerer Viertel. Der höchst subjektive Aspekt führt manchmal dazu, dass das Empfinden mancher Bevölkerungsschichten im übermäßigen Widerspruch zur Statistik steht (so genanntes "Kriminalitätsparadoxon").

Statistisch finden die meisten Straftaten in der Öffentlichkeit statt. Opfer sind großteils Männer im Alter zwischen 17 und 25 Jahren. Am unsichersten fühlen sich in der Regel aber ältere Menschen, die die meiste Zeit in ihren eigenen vier Wänden verbringen. Keinen Einfluss auf das Sicherheitsempfinden haben so genannte "opferlose" Straftaten. Darunter sind Taten zu verstehen, die "nur" immateriellen Schaden anrichten (z. B. Verstoß gegen das Verbot der Wiederbetätigung) oder bei denen juristische Personen geschädigt werden (z. B. Ladendiebstahl oder betrügerische Handlungen bei der Aufnahme von Bankkrediten).

Statt dessen werden, so haben zahlreiche Untersuchungen ergeben, andere Umstände als die Sicherheit beeinträchtigt empfunden, die kaum mit der Bezeichnung Kriminalität versehen werden können. Es sind dies herumlungrende Jugendliche, übermäßiger Ausländeranteil und Nachbarschaftskonflikte, ergab eine Untersuchung des Instituts für Kriminalsoziologie der Universität Wien, die in Hernals und Meidling durchgeführt wurde.

Als dem Sicherheitsempfinden der Bevölkerung sehr zuträglich hat sich das Community Policing-Konzept (zu Deutsch: gemeindenähe Polizeiarbeit) erwiesen. Dieses hat sich aus der Broken-Windows-Theorie der amerikanischen Kriminologen James Q. Wilson und George L. Kelling entwickelt. Das eingeschlagene Fenster wird dabei als Sinnbild für "Unordentlichkeiten" (disorderly behaviour) benutzt. Darunter zu verstehen sind Trinken von Alkohol in der Öffentlichkeit, Lärmen, Verunreinigung öffentlicher Plätze, kleinere Sachbeschädigungen, Betteln und ähnliches. "One unrepaired broken window is a signal that no one cares, and so breaking more windows costs nothing", so Wilson und Kelling 1982 in der ersten Publikation im Atlantic Monthly.

In Gegenden, in denen Unordentlichkeiten gang und gäbe sind, besteht die Gefahr einer kriminellen Invasion in der Form von Drogenhandel, Prostitution und Raub. Conclusio der beiden Amerikaner: Wehret den Anfängen! Community-Policing stellt die praktische Umsetzung dieser Vorgabe dar, wobei die Präsenz der Polizei auf der Straße einen hohen Stellenwert einnimmt, damit Abschreckungswirkung gegeben ist und der Kontakt zwischen Polizei und Bevölkerung intensiviert wird. Zudem bedarf es einer engen Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Einrichtungen wie Müllabfuhr, Gesundheitsamt, Jugendamt und Betreibern öffentlicher Verkehrsmittel, da nicht alle Unordentlichkeiten, die die Bevölkerung verunsichern, in die Kompetenz der Polizei fallen.

An den Ergebnissen von Community-Policing-Projekten scheiden sich die Geister der Fachleute entsprechend der oben skizzierten Zugangswege zum Problem insgesamt. Während manche - nach einem Blick auf die Kriminalstatistik - die Ansicht vertreten, dass keine Änderung eingetreten sei, verweisen deren Gegner auf das verbesserte Sicherheitsgefühl der Bewohner.

Der radikalere Weg der praktischen Anwendung der Broken-Windows-Idee wurde in New York vom ehemaligen Bürgermeister Rudolph Giuliani gegangen und trägt die selbsterklärende Bezeichnung "Zero Tolerance" (Null-Toleranz). Mit unnachgiebiger Härte wurden selbst kleine Vergehen geahndet.

Schwarzfahrer oder Verkehrssünder wurden für eine Nacht in einer Gefängniszelle einquartiert. Jugendliche, die Schule schwänzten, wurden in Handschellen in die Klassenzimmer gebracht. Die Lorbeeren seiner eisernen Sicherheitspolitik: eine um bis zu 40 Prozent reduzierte Kriminalitätsrate. Seitdem gilt New York als Mekka einer konservativen Sicherheitspolitik und wird von Polizeivertretern aus aller Welt aufgesucht. Auf der Kehrseite der Medaille sehen Kritiker eine Zunahme an Polizeiübergreifen, Minderheitenfeindlichkeit und zum Bersten volle Gefängnisse im freien Amerika.

Der Wiener Kriminalsoziologe Heinz Steinert weist in seiner Untersuchung des New Yorker Modells darauf hin, dass die gegenwärtige Einsperrungsrate der USA (550 Häftlinge auf 100.000 Bewohner) jener der ehemaligen Sowjetunion gleicht.

Nicht eingesperrt aber doch überwacht, könnte die Devise von Robin Wales lauten. Er ist Vorsitzender des Stadtparlamentes von Newham, einem Viertel, das in einer "Spiegel"-Reportage einmal als "Klo von London" bezeichnet wurde. Mit einem Container gibt sich der Kommunalpolitiker nicht zufrieden. Big Brother ist in seinem gesamten Stadtteil omnipräsent. 250 Kameras in fünf Metern Höhe mit Nightshot und Zoom überwachen die Straßen von Newham. Rund um die Uhr schieben Beamte vor Monitoren Dienst und leiten Informationen über verdächtige Personen oder Straftaten an ihre Kollegen auf der Straße weiter.

Mittels Gesichtserkennungsprogramm sollen in Zukunft die Aufnahmen mit Fahndungsfotos verglichen werden, sodass amtsbekannte Personen schon beim Betreten des Stadtteils ins Visier gelangen. Die Ergebnisse der flächendeckenden Überwachung lassen sich in der Statistik ablesen. Newham konnte seine Verbrechensrate auf das Londoner Durchschnittsniveau senken. Die Bewohner fühlen sich wieder sicher.

Ruf' an und kassier'

Eben jenes Gefühl der Sicherheit vermisste eine Hand voll engagierter Bürger im Jahr 1976, als sie im amerikanischen Bundesstaat New Mexico eine private Sicherheitsinitiative ins Leben rief, die Crime Stoppers.

Mittlerweile hat sich der lokale Verein zur internationalen Organisation gemausert (www.c-s-i.org). Das Prinzip der Crime Stoppers "besticht": Ruf' an und kassier'. Wer zweckdienliche Hinweise für die Aufklärung von Straftaten gibt, erhält Geld. Hinweisgeber melden sich telefonisch bei den Crime Stoppers, wobei jeder Anrufer anonym bleibt.

Auf diese Weise bleiben dem Hinweisgeber gerichtliche Vernehmungen erspart und er wird vor eventuellen Racheakten geschützt. Jedem Hinweis wird ein Code zugeordnet, unter dessen Angabe nach einer Woche nachgefragt werden kann, ob der Hinweis zweckdienlich war und daher eine Belohnung ausbezahlt wird.

Die Crime Stoppers finanzieren sich über Sponsoren und Veranstaltungen. Niederlassungen der Organisation bestehen in den USA, Kanada, Australien und in Großbritannien. Seit 1976 wurden dank der Hinweise der Crime Stoppers 58.000 Kriminalfälle gelöst und Drogen und Diebsgut im Wert von über 25 Mrd. Schilling sichergestellt. Interessantes Detail am Rande: 98 Prozent der Hinweisgeber verzichten auf ihre Belohnung.

Ebenfalls unentgeltlich stehen in Österreich jedem Interessierten die Dienste des Kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes (KBD), einer Serviceeinrichtung des Innenministeriums, zur Verfügung. Dass Beratung Wirkung zeigt, geht aus einer Untersuchung des Market-Instituts hervor, die zur Bewertung der verstärkten Informationstätigkeit des KBD im Burgenland in Auftrag gegeben wurde.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Der KBD konnte seinen Bekanntheitsgrad von 26 Prozent (Februar 1998) auf 36 Prozent (März 1999) erhöhen. Gleich-

zeitig nahm das Sicherheitsgefühl der Burgenländer signifikant zu.

49 Prozent der Befragten, gaben an, sich sehr sicher zu fühlen, ehe der KBD seine Schwerpunktarbeit aufnahm. Nach Abschluss derselben waren es 64 Prozent. Die Ergebnisse führen vor Augen, dass das Wissen um Kriminalität und vorbeugende Maßnahmen einen beträchtlichen Einfluss auf das persönliche Sicherheitsempfinden entwickeln. Daraus ist abzulesen, dass die Verbesserung der Sicherheit nicht ausschließlich über den repressiven Weg (strengere Strafe, schärfere Kontrollen usw.) zu erreichen ist. Die Antwort auf die Frage, ob die Arbeit des KBD neben dem verbesserten Sicherheitsgefühl auch Niederschlag in der Kriminalstatistik gefunden hat, bleibt die Untersuchung allerdings schuldig.

Statistisch nachweisbar erlebte die Kriminalitätsrate in der englischen Grafschaft Merseyside im Jahr 1988 einen eklatanten Rückgang, der auf den "Maharishi Effekt" zurückgeführt wird. Maharishi Mahesh Yogi war der Begründer einer speziellen Art von Yoga, Transzendente Meditation genannt. Untersuchungen der amerikanischen Maharishi-Universität ergaben, dass die "Gesamtgesundheit" der Gesellschaft deutliche Verbesserung erfährt, wenn zumindest die Quadratwurzel von einem Prozent der Population fortgeschrittene transzendente Meditation betreibt.

Maharishi Meditation wurde in geringem Ausmaß in Merseyside schon seit den 70er Jahren betrieben. 1988 wurde ein eigenes Mediationszentrum eröffnet, was verstärktes Interesse an dieser Art des Yogas hervorrief. Im folgenden Jahr sank die Kriminalitätsrate in Merseyside um 13,5 Prozent (im urbanen Bereich sogar um 15,6 Prozent). Im Jahr darauf noch einmal um 5,8 Prozent (urbaner Raum

6,1 Prozent). Danach blieb sie konstant. Die Maharishi-Jünger brüsten sich, dem britischen Steuerzahler 1.250 Mill. Pfund erspart zu haben.

Proponenten lokaler Initiativen mit örtlich begrenzten Effekten wie dem Maharishi-Effekt werden von Kritikern gerne der Augenauswischerei geziehen, zumal eine Verlagerung der Kriminalität, aber nicht deren Beseitigung betrieben werde. In den Raum gestellt wird, dass Täter die Örtlichkeit oder Tatzeit wechseln, die Ziele krimineller Handlungen verändern oder bei gleichen Zielen andere Vorgangsweisen anwenden.

Diesem Vorwurf tritt der Kriminalpsychologe Uwe Füllgrabe heftig entgegen, indem er auf die "Nettoverringerung der Kriminalität" hinweist: "Die Untersuchungen zeigen, dass es oft überhaupt keine Verschiebungen gab, wenn es aber so etwas gab, war es geringer als der Gewinn aus dem Blockieren der kriminellen Möglichkeiten." Was zu oft übersehen wird, ist der gegenteilige Effekt der Verschiebung von Kriminalität, die "Verbreitung des Positiven" nämlich, so Füllgrabe. Zum Beispiel erlebte der Vandalismus in öffentlichen Verkehrsmitteln durch die teilweise Videoüberwachung nicht nur im überwachten Bereich einen Rückgang, sondern auch in jenem, in dem keine Kameras montiert wurden.

Wien und Chicago

Nicht zu vergessen ist, dass auch soziale Lebensumstände wie Arbeitslosigkeit oder Not zum einen zur persönlichen Verunsicherung, zum anderen zur Anfälligkeit für kriminelles Handeln beitragen. Präventive Sozialprojekte sind dem Sicherheitsniveau im urbanen Raum daher ebenso zuträglich wie repressives Vorgehen.

Das Projekt "Stadtaufsicht" in Amsterdam kann in diesem Zusammenhang beispielhaft genannt werden. Es wurde 1989 ins Leben gerufen, um Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Uniformiert und unbewaffnet drehen die Aufseher ihre Runden in den Problembezirken der Stadt. Sie schlichten Nachbarschaftsstreitigkeiten, geben allgemeine Auskünfte und sind einfach auf der Straße präsent. Davon abgesehen, dass die Arbeit der Aufseher präventiv wirkt, erfahren die Langzeitarbeitslosen eine Verbesserung und Aufwertung ihrer persönlichen Situation.

Im Vergleich zu Amsterdam kann Wien als sicheres Pflaster bezeichnet werden. Acht Morde je 100.000 Bewohner werden in der niederländischen Metropole jedes Jahr gezählt. In Wien sind es lediglich 1,8, womit die Bundeshauptstadt weit entfernt von amerikanischen Zuständen ist. Der Spitzenreiter Washington (nicht Chicago!) liegt bei 64 Morden je 100.000 Bewohnern.

Danach gefragt, warum in einer statistisch sicheren Stadt wie Wien Unsicherheit in der Bevölkerung Fuß fassen kann, antwortete der Kriminalsoziologe Heinz Steinert in einem Interview mit dem "Standard" wie folgt: "Weil die Politiker Panik machen. Das ist jetzt zwar eine ziemlich patzige Antwort, aber sie beschreibt jenen Aspekt, der einem bei der Diskussion um die so genannte Kriminalitätsfurcht sauer aufstößt."

URL: http://www.wienerzeitung.at/themen_channel/wzreflexionen/kompendium/211543_Von-Abschreckung-bis-Yoga.html

© 2013 Wiener Zeitung